Christine Mayrhuber

ARBEITSMARKT- UND EINKOMMENSVERHÄLTNISSE ALS DETERMINANTEN DER ALTERSSICHERUNG

In den zwei Dekaden vor der Finanz- und Wirtschaftskrise veränderten sich die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen, die für den Ausbau der Wohlfahrtsstaaten maßgeblich waren (vgl. Hemerijck/Eichhorst 2009). Die Entwicklung betraf sowohl globale als auch nationale Gegebenheiten. Der verstärkte internationale Wettbewerb auf den Güter- und Finanzmärkten, aber auch im Bereich der Dienstleistungen, führte zu einer Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen: Die zunehmende ökonomische Verflechtung reduzierte die Gestaltungsmöglichkeiten der wohlfahrtsstaatlichen Regelungen auf nationaler Ebene (vgl. Scharpf 1999). Die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen wie auch der steigende Anteil von Dienstleistungsbeschäftigten in Österreich (2013 arbeiteten rund 73 % der unselbstständig Beschäftigten im Dienstleistungssektor) veränderten die nationalen Arbeitsmarktgegebenheiten: Dienstleistungen können im Gegensatz zu Gütern nicht auf Vorrat produziert werden, sondern sind eng an die Nachfrage gebunden. Die Organisation der Leistungserbringung und damit auch die Organisation der Arbeitsabläufe sind mit neuen Flexibilitätserfordernissen verbunden. Neben den Arbeitsmarktveränderungen führt der sozioökonomische Wandel zu neuen Anforderungen an die traditionell erwerbsorientierten Sicherungssysteme. Dies ist zwar kein ausschließlich österreichisches Phänomen, innerhalb der Nationalstaaten stellt es jedenfalls die Sicherungssysteme vor die Notwendigkeit struktureller Anpassungen und Neuausrichtungen (vgl. Bonoli 2006).

Veränderungen im Erwerbssystem haben unmittelbare wie mittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation der Erwerbsbevölkerung. Die Einkommensposition und der Einkommensverlauf bestimmen die individuelle unmittelbare ökonomische Lage. Im umlagefinanzierten Alterssicherungssystem bilden Erwerbseinkommen die Finanzierungsgrundlage der laufenden Pensionen wie auch der individuellen Altersansprüche. Darüber hinaus ist die Möglichkeit der betrieblichen wie auch der privaten Altersvorsorge an Erwerbseinkommenshöhen gebunden, die eine Bildung von Ersparnissen ermöglichen.

Im Folgenden sollen die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarktlage und individueller wie gesamtwirtschaftlicher Alterssicherung anhand weniger Beispiele skizziert und die unmittelbaren Folgen für die Möglichkeiten einer kapitalgedeckten Zusatzvorsorge erläutert werden.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 38–45

1. QUANTITATIVE VERÄNDERUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

In den vergangenen Jahren ist die Arbeitsmarktpartizipation in Österreich kontinuierlich angestiegen. Alleine in den letzten zehn Jahren nahm die Erwerbsquote trotz des Wirtschaftseinbruchs ab dem Jahr 2008 um 4,8 Prozentpunkte auf 73,6 % zu. Auch die Beschäftigungsquote stieg bis 2013 um 4,1 Prozentpunkte auf 68,5 % an. Getragen war diese Entwicklung von der kräftigen Steigerung der Frauenbeschäftigungsquote (+5,5 Prozentpunkte). Nicht zuletzt aufgrund der Abschaffung der vorzeitigen Pensionierungsmöglichkeiten erhöhte sich in der Altersgruppe der 55- bis 59-jährigen Frauen die Erwerbsquote seit 2003 um 22,2 Prozentpunkte (vgl. WIFO 2014).

Im europäischen Vergleich zeigt sich eine deutlich über dem EU-27-Schnitt liegende Frauenerwerbsquote.[1] Die Vollzeitbeschäftigungsquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren in Österreich bleibt allerdings mit 39,9 % um 2,7 Prozentpunkte unter dem europäischen Schnitt.[2] Die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen in Österreich ist hoch, ihre Arbeitsmarktintegration, gemessen am Beschäftigungsausmaß (Vollzeit – Teilzeit), erreicht allerdings nicht den europäischen Durchschnitt.

Im europäischen Vergleich ist die österreichische Arbeitslosenquote gering, dennoch steigt der Anteil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen an: Waren 2007 16,4 % aller Beschäftigten mindestens einen Tag arbeitslos, erhöhte sich dieser Anteil 2010 auf 17,1 % (vgl. Eppel/Horvath/Mahringer 2013a, 29). Arbeitslosigkeitsepisoden werden für immer mehr Erwerbstätige ein Bestandteil ihrer Erwerbsbiografie.

Diese Entwicklungen gehen dennoch mit einer steigenden Anzahl von Pensionsversicherten einher. Auch die Einbeziehung der freien Dienstverträge, neuer Selbstständiger[3] und der Werkverträge sowie die Option einer freiwilligen Pensionsversicherung bei geringfügiger Beschäftigung tragen zur Zunahme der Zahl der Pensionsversicherten bei.

2. QUALITATIVE VERÄNDERUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

2.1 Das Arbeitsvolumen entwickelt sich deutlich schwächer als die Beschäftigtenzahlen

Im Jahr 2013 wurden in Österreich 6.973 Mio. Arbeitsstunden geleistet, davon 61 % von Männern und 39 % von Frauen. Seit 2004 wuchs das Arbeitsvolumen um durchschnittlich 0,1 % pro Jahr, die Zahl der Erwerbstätigen im Schnitt um rund 1,2 % pro Jahr (vgl. Statistik Austria 2014). Das Auseinanderklaffen der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und jener des Arbeitsvolumens wird bei einer getrennten Betrachtung der selbstständig und unselbstständig erwerbstätigen Frauen und Männer noch deutlicher: Trotz der Beschäftigungsrückgänge im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöhte sich zwischen 2004 und 2013 die Zahl der

[1] Das europäisch vergleichbare Erwerbskonzept (Labour Force Statistics) gibt die Frauenerwerbsquote (15–64 Jahre, 2013) mit 71,1 % an (EU-27: 66,1 %), die WIFO-Erwerbsquote für 2013 liegt bei 67,6 %.

[2] Labour Force Statistics, Eurostat-Datenbank, http://ec.europa.eu/eurostat/data/database.

[3] Bei Jahreseinkommen ab 6.453,36 € brutto sind sie sozialversicherungspflichtig (in der gewerblichen Sozialversicherung).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 38–45

unselbstständig beschäftigten Frauen um rund 162.000, jene der Männer um rund 122.000, was einer Zunahme um jährlich 1,1 % bei den Frauen bzw. 0,7 % bei den Männern entspricht. Die Zunahme bei den selbstständig Erwerbstätigen laut WIFO im Ausmaß von rund 42.000 Frauen und rund 25.000 Männern entspricht im Durchschnitt einer jährlichen Steigerung von 2,8 % bei den Frauen und 1,0 % bei den Männern. Im Gegensatz dazu erhöhte sich das Arbeitsvolumen der unselbstständig beschäftigten Frauen im selben Zeitraum im Durchschnitt nur um rund 0,8 % pro Jahr, jenes der Männer sank sogar leicht (um durchschnittlich rund 0,1 % pro Jahr). Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (vgl. Statistik Austria 2014) war das Arbeitsvolumen der selbstständig Erwerbstätigen rückläufig, der Rückgang betrug seit 2004 pro Jahr durchschnittlich 0,9 % bei den Frauen und 0,5 % bei den Männern (vgl. Übersicht 1).

Übersicht 1: Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsvolumen 2004 bis 2013

	Unselbstständig Beschäftigte		Selbstständig Beschäftigte	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
Erwerbstätige Personen	+1,6	+0,7	+1,9	+1,5
Geleistetes Arbeitsvolumen	+0,8	–0,1	–0,9	–0,5

Quelle: Statistik Austria 2014, WIFO-Berechnungen.

Die Zahlen verdeutlichen strukturelle Arbeitsmarktveränderungen in zwei Bereichen: (1) eine stärkere Beschäftigungszunahme bei den Selbstständigen gegenüber den unselbstständig Erwerbstätigen; (2) eine Entkoppelung des Beschäftigungswachstums vom Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens. Die Beschäftigungszuwächse erfolgten vor dem Hintergrund einer – beschäftigungspolitisch nicht explizit adressierten – „Arbeitszeitverkürzung“ in Form von Teilzeitjobs. Aber auch bei den selbstständig Beschäftigten stiegen die Beschäftigtenzahlen doppelt so schnell wie die Arbeitszeit.

2.2 Die Einkommensschere öffnet sich weiter

Die Entwicklung der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit ist seit Jahren geprägt von in Relation zum allgemeinen Wirtschaftswachstum schwächeren Einkommenszuwächsen. Seit 1990 stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme mit durchschnittlich 3,1 % pro Jahr tendenziell schwächer als das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 3,5 % pro Jahr. Neben der dämpfenden Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme wurde in der Vergangenheit der verteilungsneutrale Lohnspielraum nicht ausgeschöpft.[4] Auch die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor, der ein tendenziell geringeres Lohnniveau aufweist, wirkt dämpfend auf die Lohndynamik.

Im vergangenen Jahrzehnt stiegen die tarifvertraglichen Mindestlöhne im Schnitt um 2,5 % pro Jahr an, die Effektivverdienste pro Kopf hingegen nur um 2,3 %. Im gleichen Zeitraum (2003–2013) wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Schnitt um 3,3 % pro Jahr.

[4] Der verteilungsneutrale Lohnspielraum ist die Relation zwischen dem realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/n plus Verbraucherpreise und der Effektivlohnentwicklung brutto je Erwerbstätige/n. Zwischen 2000 und 2013 lag die Differenz zwischen Nominalspielraum und Effektivverdiensten bei durchschnittlich 0,5 % pro Jahr, d. h., die Effektivverdienste stiegen um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr schwächer an als das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/n.

Wir beobachten im abgelaufenen Jahrzehnt eine negative Lohndrift, d. h., die tatsächlich ausgezahlten Durchschnittslöhne und -gehälter entwickeln sich schwächer als die kollektivvertraglichen Mindestlöhne. Neben der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung ist auch eine Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung zu verzeichnen. Laut Eurostat erhöhte sich in Österreich zwischen 2006 und 2010 der Anteil an Niedriglohnbeschäftigten, also der Anteil jener, deren Stundenentlohnung (brutto) nicht 60 % des Medianstundenlohns erreicht, von 14,2 % auf 15 % der unselbstständig Beschäftigten, der Frauenanteil betrug 2010 24,8 % und der Männeranteil 8,2 % (vgl. Eurostat[5] 2012, 3). Das WIFO berechnete auf der Grundlage der Sozialversicherungsdaten[6] einen Niedriglohnanteil bei den Vollzeitbeschäftigten in Höhe von 16 % – mit ebenfalls steigender Tendenz (vgl. Lutz/Mahringer 2010, Glocker/Horvath/Mayrhuber/Rocha-Akis 2014). Die steigende Einkommensungleichheit ist einerseits durch die Zunahme destandardisierter Beschäftigungsformen getrieben, andererseits erhöhten sich auch die Einkommensdifferenzen bei den Standardbeschäftigungsformen. Während zwischen 2000 und 2012 bei den unselbstständig Beschäftigten die Einkommensungleichheit um 5,3 % zugenommen hat, stieg sie auch bei den vollzeit- und ganzjahresbeschäftigten Männern um 4,1 % an (vgl. Glocker/Horvath/Mayrhuber/Rocha-Akis 2014, Übersicht 10).

Auch bei den selbstständig Erwerbstätigen zeigt sich eine Dynamik in Richtung steigender Einkommensunterschiede, wobei die Einkommen der Selbstständigen insgesamt ungleicher verteilt sind als jene der Unselbstständigen (vgl. Mayrhuber/Leoni/Marterbauer 2010; Guger/Mayrhuber/Scheiblecker 2014). Von den 885.000 Personen, die zur Einkommensteuerveranlagung verpflichtet waren, hatte 2010 rund ein Drittel Einkünfte unter der jährlichen Steuerfreigrenze von 11.000 € und ein Fünftel der Personen keine Einkünfte bzw. Verluste. In diese Gruppe fallen 22 % der einkommensteuerpflichtigen Frauen und 16 % der Männer.

Ein Vergleich der Einkommenshöhen zeigt die höchsten Einkommensnachteile im Fall selbstständig tätiger Frauen, ihre Einkünfte erreichen nur 55 % der Männereinkommen. Unselbstständig erwerbstätige Frauen erreichen im Schnitt 65 % der Männereinkommen.

Übersicht 2: Durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen* der Selbstständigen und Unselbstständigen (2009)

	Gesamt	Frauen	Männer
	Monatlich in €		
Ausschließlich Selbstständigeneinkommen	2.331	1.520	2.755
Personen mit Selbstständigen- und Unselbstständigeneinkommen	3.709	2.482	4.538
Ausschließlich Lohneinkommen	2.078	1.610	2.479

Quelle: Statistik Austria, 2012, WIFO-Berechnungen.

* Die integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik bietet vergleichbare Bruttoeinkommen der unselbstständig und selbstständig Beschäftigten.

[5] Die europäische Verdienststrukturerhebung von Eurostat ist eine Befragung von Unternehmen ab zehn Beschäftigten.
[6] Bei den Sozialversicherungsdaten sind im Gegensatz zu den Eurostat-Daten alle Betriebe eingeschlossen.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 38–45

3. MÖGLICHKEITEN DER ALTERSVORSORGE AUF FLEXIBLEN ARBEITSMÄRKTEN

Die Präkarisierung des Arbeitsmarktes zeigt sich in der Zunahme der destandardisierten Beschäftigungsverhältnisse; darunter fallen Teilzeitjobs, freie Dienstverträge, neue Selbstständige etc. Die steigende Arbeitslosenquote bedeutet eine Zunahme von Arbeitslosenphasen in den individuellen Lebensläufen. Beide Tendenzen münden in eine Präkarisierung der Erwerbseinkommensverläufe. Nicht alle Erwerbstätigen sind gleichermaßen von dieser Entwicklung betroffen. Auf dem polarisierten Arbeitsmarkt laut Segmentationstheorien gibt es eine Gruppe von Erwerbspersonen mit höheren Löhnen und höherer Arbeitsplatzsicherheit, besseren Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen. Die Jobs im sekundären Segment sind dagegen durch schlechtere Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie höhere Instabilität gekennzeichnet (vgl. Schmid 2006; Davidsson/Naczyk 2009).

Längsschnittanalysen für Österreich zeigen, dass ein Drittel der Erwerbstätigen stabile Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse im Ausmaß von zumindest 60 % des Medianeinkommens aufweisen. Weitere 23 % haben relativ stabile Jobs, und das verbleibende Drittel befindet sich dauerhaft in instabilen Beschäftigungs- und Einkommensverhältnissen, die von Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung etc. geprägt sind (vgl. Eppel/Horvath/Mahringer 2013b). In Deutschland hat sich der Anteil dieser Gruppe atypisch Beschäftigter auf 38 % (2010) erhöht (vgl. Keller/Schulz/Seifert 2012, Tabelle 1, 15).

Diese strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt trafen – in den Ländern der Europäischen Union und darüber hinaus – auf strukturelle Veränderungen in den Alterssicherungssystemen: In der 1. Säule wurden die vorzeitigen Pensionsantrittsmöglichkeiten weitgehend abgeschafft, die Leistungsniveaus gesenkt, und das Versicherungsprinzip wurde generell gestärkt. Der Ausbau der 2. Säule der Betriebspensionen und der staatlich geförderten kapitalgedeckten Privatvorsorge (3. Säule) sollte das Leistungsniveau im Alter auf ein adäquates Maß heben bzw. die Kürzungen der 1. Säule kompensieren.

Zwei Entwicklungen laufen dieser strukturellen Neuausrichtung der Alterssicherungssysteme zuwider: Weder können Betriebspensionen – sofern sie überhaupt vorhanden sind (vgl. Url 2011) – auf zunehmend flexiblen Arbeitsmärkten mit diskontinuierlichen Erwerbs- und Einkommensverläufen die Sicherungsfunktion für die Mehrheit der Beschäftigten übernehmen, noch versetzen die diskontinuierlichen Erwerbseinkommensniveaus die Betroffenen in die Lage, ausreichend Ersparnisse zu bilden (vgl. Jessoula/Hinrichs 2012, 239). Darüber hinaus bewegen sich die Ertragsraten der kapitalgedeckten Vorsorgeprodukte deutlich unter den angenommenen Niveaus (vgl. Url 2013). Der Umbau des Alterssicherungssystems bzw. der Ausbau des Drei-Säulen-Modells erfolgte ohne explizites gemeinsames Sicherungsziel. Die Leistungsreduktionen in der 1. Säule sind für die einzelnen Beschäftigten nicht durch die anderen Säulen zu kompensieren.

Der Umbau der Alterssicherungssysteme in Richtung Abbau der verpflichtenden 1. Säule zugunsten von Formen von Betriebspensionen (2. Säule) und individuellen Versicherungen für das Alter (3. Säule) erfolgte vor der hypothetischen Annahme einer Vollbeschäftigungsökonomie. Die Erwerbsarbeit und die Erwerbseinkommen sind das Fundament, auf dem alle drei Säulen ruhen. Tatsächlich beobachten wir aber die skizzierte Atypisierung der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, die eine Erosion dieses Fundaments darstellt und negative Auswirkungen auf alle drei Säulen der Alterssicherung nach sich zieht. Diese Erosion wird

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 38–45

in Hinkunft ein Mehr an beschäftigungs- und sozialpolitischen Neuerungen notwendig machen. Eine adäquate Alterssicherung wie auch „Eigenverantwortung“ und „Eigenvorsorge“ können nur dann ein erreichbares Ziel sein, wenn die Voraussetzungen dafür – also Erwerbstätigkeit mit entsprechendem Erwerbseinkommen – vorhanden sind. Reformen der Alterssicherungssysteme müssen damit am Fundament der Sicherung – dem Arbeitsmarkt – ansetzen. Mögliche Ansatzpunkte zur Stabilisierung des Alterssicherungsfundaments sind:

(1) Neuverteilung der bezahlten Erwerbsarbeit und der unbezahlten Reproduktionsarbeit sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Altersgruppen. Vor allem bedarf es eines Ausgleichs zwischen den Vollzeitbeschäftigten mit einer auch im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen und den Teilzeitbeschäftigten mit einer geringen Wochenarbeitszeit.

(2) Neuausrichtung der Sozialstaatsfinanzierung, denn trotz steigender Erwerbsquoten sinkt in den Ländern der Europäischen Union die Lohnquote, also der Anteil der Erwerbseinkommen unselbstständig Beschäftigter am Volkseinkommen. Damit sinkt auch die Finanzierungsbasis aller lohnfinanzierten Sicherungssysteme. Im Gegenzug steigt der Anteil der Nicht-Lohn-Einkommen am Volkseinkommen. Entsprechend dem Leistungsfähigkeitsprinzip braucht es eine Einbeziehung der Nicht-Lohn-Einkommen in die Sozialstaatsfinanzierung.

Insgesamt baut die individuelle wie kollektive Funktionsweise der Alterssicherungselemente in der gesetzlichen, der betrieblichen, aber auch in der privaten Vorsorge auf kontinuierlichen und existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen auf. Die Reformen der Vergangenheit verstärkten die Wechselwirkungen zwischen Einkommenshöhe, Anzahl der Erwerbsjahre und Sicherungsniveau (Versicherungsprinzip) in allen Säulen. Umgekehrt verstärkt das Versicherungsprinzip die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt in der Alterssicherung. Fehlen kontinuierliche Erwerbsbiografien bzw. -einkommen und fehlen Beschäftigungsverhältnisse in Betrieben und Branchen mit betrieblichen Alterssicherungssystemen, gibt es für diese Beschäftigten keinen Zugang zur 2. und 3. Säule in der Alterssicherung.

Nachhaltige Altersvorsorgesysteme brauchen sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus individueller Sicht keine Änderungen der Rechtsvorschriften, sondern vielmehr eine strukturelle Neuausrichtung der Alterssicherung, die auf den realen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes aufbaut und als Finanzierungsgrundlage alle Bereiche der Wertschöpfung und der Einkommen berücksichtigt.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 38–45

BIBLIOGRAFIE

Bonoli, Giuliano (2006), New social risks and the politics of post-industrial social policies, in: *Armingeon*, Klaus and Giuliano *Bonoli* (eds.), The Politics of Post-Industrial Welfare States. Adapting post-war social policies to new social risks, London/New York, 3–26.

Davidsson, Johan and Marek *Naczyk* (2009), The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, Working Papers on the Reconciliation of Work and Welfare in Europe, REC-WP 02/2009; Download: http://www.aog.ed.ac.uk/__data/assets/pdf_file/0009/31014/REC-WP_0209_Davidsson_Naczyk.pdf.

Eppel, Rainer, Thomas *Horvath* und Helmut *Mahringer* (2013a), Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010, WIFO-Monographien, Wien.

Eppel, Rainer, Thomas *Horvath* und Helmut *Mahringer* (2013b), Eine Typologie Arbeitsloser nach Dauer und Häufigkeit ihrer Arbeitslosigkeit. Empirische Messung der Arbeitslosigkeit in Österreich 2005 bis 2010 unter besonderer Berücksichtigung wiederkehrender Arbeitslosigkeit sowie von Abfolgen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, WIFO-Monographien, Wien.

Esping-Andersen, Gøsta (2002), Why We Need a New Welfare State, Oxford.

Eurostat (2012), Statistics in Focus, Population and social conditions, 48/2012; Download: http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3433488/5585412/KS-SF-12-048-EN.PDF/7d87771c-8cc0-4133-a771-56e36ca0903b?version=1.0.

Glocker, Christian, Thomas *Horvath*, Christine *Mayrhuber* und Silvia *Rocha-Akis* (2014), Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich, WIFO-Monographien, Wien.

Guger, Alois, Christine *Mayrhuber* und Marcus *Scheiblecker* (2014), Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO-Monographien, Wien.

Hemerijck, Anton and Werner *Eichhorst* (2009), Whatever Happend to the Bismarckian Welfare State? From Labor Shedding to Employment-Friendly Reforms, IZA Discussion Paper Series, No. 4085; Download: http://ftp.iza.org/dp4085.pdf.

Jessoula, Matteo and Karl *Hinrichs* (2012), Flexible Today, Secure Tomorrow?, in: *Hinrichs,* Karl and Matteo *Jessoula* (eds.), Labour Market Flexibility and Pension Reforms. Flexible Today, Secure Tomorrow?, Houndmills/Basingstoke, 233–250.

Keller, *Berndt*, Susanne *Schulz* und Hartmut *Seifert* (2012), Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010 (= WSI-Diskussionspapier Nr. 182), Düsseldorf; Download: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_182.pdf.

Lutz, Hedwig und Helmut *Mahringer* (2010), Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle? WIFO-Monographien, Wien.

Mayrhuber, Christine, Thomas *Leoni* und Markus *Marterbauer* (2010), Entwicklung und Verteilung der Einkommen. Grundlagen zum Sozialbericht, WIFO-Monographien, Wien.

Scharpf, Fritz (1999), Governing in Europe. Effective and Democratic?, Oxford.

Schmid, Günter (2006), Social Risk Management through Transitional Labour Markets, in: Socio-Economic Review, Vol. 4, 2006, 1–33.

Statistik Austria (2014), Arbeitsmarktstatistiken 2013. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offene-Stellen-Erhebung, Wien.

Trischler, Falko (2012), Auswirkungen diskontinuierlicher Erwerbsbiografien auf die Rentenanwartschaften, in: WSI-Mitteilungen 4/2012, 253– 261.

Url, Thomas (2011), Betriebliche und private Altersvorsorge in Österreich. Durchführungswege und Kosten für die öffentliche Hand, WIFO im Auftrag des BMASK (= Sozialpolitische Studienreihe Band 6), Wien; Download: http://www.studienreihe.at/cms/Z02/Z02_2.a/1342538138696/bisherige-studien/studien-einzelband-uebersicht/band-6-betriebliche-und-private-altersvorsorge-in-oesterreich.

Url, Thomas (2013), Lebensversicherung leidet weiterhin unter niedrigem Zinsniveau, in: WIFO-Monatsberichte 9/2013, 769–779.

WIFO (2014), Kennzahlen zur Wirtschaftslage, in: WIFO-Monatsberichte 2/2014, 104–116.